

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bischoff, auch die Brandenburger sind deutsche Steuerzahler. Sie wissen, dass Deutschland 12 Milliarden Euro zu viel in die EU zahlt. Die EU-Förderung geht deutlich zurück. Standen in der Förderperiode 2000 bis 2006 unserem Land Brandenburg noch über 3,2 Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung, so müssen wir uns in der laufenden Förderperiode von 2007 bis 2013 nicht zuletzt durch die ungeschickte Verhandlungsführung unserer Bundeskanzlerin in Brüssel mit gut 100 Millionen Euro weniger begnügen. Dazu kommt die von Herrn Ministerpräsident Platzeck verschuldete Zweiteilung unseres Landes in eine vorgeblich reiche Südregion und eine arme Nordregion, welche sich ebenfalls finanziell negativ auswirkt.

Berücksichtigt man noch die Folgen der über uns hereingebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise mit zu erwartenden 300 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen in den kommenden Jahren und den Rückgang der GA-Mittel des Bundes, so verwundert es nicht, dass in den kommenden Jahren massivste Investitionseinbrüche im Bereich unserer mittelständisch geprägten Brandenburger Wirtschaft, aber auch in der Landwirtschaft und im Sozialbereich zu verzeichnen sein werden.

Doch das alles kümmert diese Landesregierung nicht im Geringsten. Wie sonst hätte der Finanzminister während der letzten Finanzausschusssitzung erklären können, dass er eine Investitionsquote von nur noch 8 bis 9 % in Zukunft für Brandenburg für völlig normal halte. Aus all dem Gesagten ergibt sich natürlich, dass der Wirkungsgrad und die Reichweite der EU-Mittel nach Möglichkeit erhöht werden müssen. Den von der EU-Kommission eingeschlagenen Weg der Umstellung der Förderung von Zuschüssen hin zu revolvingierenden Fonds lehnen wir als DVU-Fraktion nicht grundsätzlich ab. Denn soweit die Mittel als Beteiligungskapital auf Zeit oder als zinsloses oder niedrig verzinstes Darlehen nach Fristablauf wieder in die revolvingierenden Fonds zurückfließen, kann man damit im Anschluss weitere Projekte auf ähnliche Art und Weise fördern.

Revolvingierende Fonds können insbesondere dann sinnvoll sein, wenn man sie in Entwicklungen investiert, die einen ökonomischen Prozess in Gang setzen, jedoch mit höheren Risiken behaftet sind. Wenn die Alternative der verlorene Zuschuss ist, kann man bei stillen Beteiligungen oder Darlehen höhere Risiken im Sinne einer öffentlichen Zielsetzung eingehen, um dann immer noch einen höheren Wirkungsgrad zu erzielen.

Die angedachten revolvingierenden Fonds sollten deshalb äußerst flexibel handhabbar sein, damit ein größtmöglicher Spielraum für ihren Einsatz besteht. Man könnte beispielsweise daran denken, den Kreis der mit Fondsmitteln Begünstigten zu erweitern. Eine ausdrückliche Ausdehnung der Empfänger auch auf Privatpersonen, Klein- und Kleinstbetriebe, Freiberufler und ähnliche Personengruppen und eine völlige Branchenunabhängigkeit wäre dabei wünschenswert. Ebenso wäre es sinnvoll, wenn der private Anteil an der Investition gegenüber den Fondsmitteln flexibel bestimmbar und nicht festgeschrieben wäre. Darüber hinaus sollte die strikte Trennung zwischen investiven und nichtinvestiven Maßnahmen bei der Förderung aufgegeben werden, schon aufgrund des höheren bürokratischen Aufwandes bei der Zurechnung.

Dass die von der Landesregierung bereits aufgelegten bzw. angedachten Förderfonds das leisten können, muss allerdings

bezweifelt werden. Auch halten wir von der DVU-Fraktion die von der Landesregierung angedachte maximale Finanzausstattung der Fonds mit 117,5 Millionen Euro angesichts der Herausforderungen durch die derzeitige Weltwirtschaftskrise für eindeutig zu gering und fordern Sie daher auf, deutlich nachzubessern.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Richstein spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da war es wieder, das europäische Problem: mangelndes Interesse, nicht nur bei den Bürgern, sondern leider, wie man sieht, auch bei den Mandatsträgern.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- Das richtet sich natürlich nicht an die Anwesenden. - Immerhin geht es um den Einsatz von europäischen Strukturmitteln in Höhe von 3,2 Milliarden Euro in der laufenden Förderperiode. Ich möchte der Landesregierung für ihren Bericht danken und freue mich, dass - wie der Staatssekretär sagte - die revolvingierenden Förderinstrumente grundsätzlich positiv gesehen werden. Aber ich habe bei dem Bericht leider ein wenig Zurückhaltung empfunden. Er wirft bei mir auch Fragen auf, die wir im Rahmen dieser Debatte nicht klären können. Ich werde noch eine Kleine Anfrage stellen, um zumindest für mich die Antworten zu erhalten.

Wir reden immer darüber, dass die europäischen Mittel geringer werden und wir umdenken müssen. Sie werden jedoch nicht nur geringer, sondern nach der jetzigen Planung wird es zumindest für einen Teil Brandenburgs, wo wir in einer Phasing-out-Phase sind, im Jahr 2013 keine Anschlussförderung geben. Im Europäischen Parlament und auch im Ausschuss der Regionen setzen sich unsere Vertreter dafür ein, dass es hier noch eine Veränderung geben wird. Es ist erfreulich, dass in einer Entscheidung des Europäischen Parlaments zum Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt und zu dem Stand der Diskussion über die künftige Reform der Kohäsionspolitik sogar aufgeführt wurde, dass mit Interesse zur Kenntnis genommen wurde, dass im fünften Fortschrittsbericht zum ersten Mal der Begriff der Übergangsregionen benutzt wird. Das sind die Regionen, die zwischen der Konvergenzregion und den Regionen der regionalen Wettbewerbsfähigkeit um Beschäftigung liegen, sodass wir hoffen, auch über 2013 hinaus für diesen Teil Brandenburgs noch eine Finanzierung zu bekommen. Aber es ist bei Weitem noch nicht gesichert.

Deshalb müssen wir in der Tat umdenken und dürfen nicht nur verlorene Zuschüsse ausreichen, sondern müssen sehen, dass wir den Förderbedarf, der zweifelsohne im Land besteht, befriedigen können, indem wir einen revolvingierenden Prozess beginnen.

Natürlich befinden wir uns auch in einem Wettbewerb mit anderen ostdeutschen Ländern. Wir stehen aber auch in einem Wettbewerb mit den Regionen, die genau dieses Problem des Phasing-out haben. Dort werden schon erfolgreich die revolvingierenden Instrumente eingesetzt, teilweise mit mehr Mitteln,

als wir es in Brandenburg tun, teilweise auch im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und auch schon bei ELER. Ich hatte bereits im Oktober angeregt - und gehe von einer Umsetzung aus -, dass dazu ein Austausch mit diesen Regionen stattfindet.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- ELER ist ein Förderprogramm. Damit habe ich nicht unseren Europaabgeordneten Ehler gemeint. Es könnte verwirrend sein, da haben Sie Recht, Herr Schulze.

Es ist auf jeden Fall dringend notwendig, dass wir diese Kooperation insbesondere mit den anderen Regionen pflegen, weil wir hier gemeinsam eine Situation bestehen müssen und nicht nur in einem Wettbewerb zueinander stehen. Natürlich kann es sein - der Herr Staatssekretär wird sagen: Es wird so sein! -, dass wir einen erhöhten Verwaltungsaufwand haben. Was können wir aber dagegenstellen? - Wir stellen dagegen, dass wir über einen längeren Zeitraum als bisher Finanzmittel überhaupt ausreichen können. Diesbezüglich muss man im Gesamtpaket sehen, ob sich dadurch nicht auch der Verwaltungsaufwand rechtfertigt, wenn wir Unternehmen und auch Kommunen über einen längeren Zeitraum finanzielle Mittel zukommen lassen.

Das Thema ist noch nicht beendet. Sie werden es weiter begleiten und auch uns im Halbzeitbericht sicher noch einmal davon in Kenntnis setzen. Ich hoffe, dass wir hier zu einem für alle Beteiligten guten Modus kommen, um nicht nur mit verlorenen Zuschüssen die Förderperiode 2013 im Jahr 2013 abschließen zu müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beendet. Sie haben den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 12 und rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Klimagasinventur 2007 für das Land Brandenburg
(gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 07.06.2007 - Drs. 4/4639-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 4/7528

Der Vertreter der Landesregierung, der uns diesen Bericht erläutert, ist Minister Dr. Woidke.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis zum Jahr 2020 will Brandenburg seine CO₂-Emissionen um 40 %, bis zum Jahr 2030 dann um weitere 35 % - bezogen auf den Wert von 1990 - reduzieren. Diese 75 % sind auch im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr ambitioniertes Ziel. Wird dieses Ziel weltweit erreicht, kann der Klimawandel voraussichtlich gerade noch auf ein aus heutiger

Sicht ökonomisch und ökologisch beherrschbares Maß begrenzt werden. Das war auch die Essenz aus dem Gespräch, das gestern das Kabinett mit Prof. Schellnhuber und weiteren Vertretern des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung geführt hat. An diesem Ziel richtet sich die Brandenburger Klimapolitik aus.

Die vorliegende Klimagasinventur 2007 verdeutlicht, wo wir stehen und welch schwierigen Weg dieses Land bzw. die gesamte Welt in diesem Bereich noch vor sich hat. Inhaltlich stellt der vorgelegte Bericht eine Fortschreibung und eine Aktualisierung der Daten aus dem Jahr 2006 dar. Der Bericht liegt Ihnen in Summe - auch mit den dazugehörigen einzelnen Zahlen - vor. Deswegen möchte ich hier nur auf einige ausgewählte Inhalte eingehen und mit der Bilanz der CO₂-bedingten Emissionen von 1990 bis 2007 beginnen.

Sie sind in diesem Zeitraum von 91 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf rund 60 Millionen Tonnen im Jahr 2007 gesunken. Die Minderung von 31 Millionen Tonnen entspricht der Reduzierung um etwa ein Drittel. Man könnte natürlich sehr stolz darauf sein. Allerdings weiß jeder von Ihnen, die Sie hier sitzen, dass ein Teil auf den Zusammenbruch großer Bereiche der ostdeutschen Industriestrukturen auch in Brandenburg zurückzuführen ist.

Aber es gibt auch Dinge, die uns Mut machen sollten. Seit dem Jahr 2003 haben wir in Brandenburg einen leichten Abwärtstrend. Im Jahr 2007 hatten die Emissionen den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht, obwohl das Jahr 2007 auch ein Jahr mit einer überdurchschnittlich guten Konjunktur und Arbeitsmarktlage und einem gestiegenen Stromexportanteil war. Es ist so - seit das fossile Zeitalter im 18. Jahrhundert begonnen hat -, dass konjunkturelle Entwicklungen immer auch mit der Erhöhung des Ausstoßes von CO₂ verbunden waren. Dieser Zusammenhang muss durchbrochen werden.

Ich habe gestern Herrn Prof. Schellnhuber die Frage gestellt: Was geschieht bei einer weltweiten Rezession in den Jahren 2008, 2009 und vielleicht auch 2010? Wird es, wenn die Weltwirtschaft um 4 % schrumpfen sollte, einen ähnlichen Rückgang der CO₂-Emissionen weltweit geben? Er hat gesagt, er rechne höchstens mit einem Rückgang um die Hälfte, das heißt, um ganze 2 % weltweit. Diese Entkopplung ist beim Rückgang der Industrieproduktion so einfach nicht zu bewirken. Auch wird diese Rezession die Probleme, die der Klimaschutz derzeit weltweit hat, nicht lösen.

Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen aber auch, dass im Land Brandenburg im Jahr 2007 das Reduktionsziel für das Jahr 2020 bereits zu 85 % erreicht werden konnte. Damit haben die energiebedingten CO₂-Emissionen im Jahr 2007 in Brandenburg ein 10-Jahres-Tief erreicht, und zwar bei einer der besten konjunkturellen und Arbeitsmarktlagen seit vielen Jahren.

Das ist in meinen Augen eine bemerkenswerte Bilanz für unser Land, die mich in zwei Überzeugungen bestärkt. Erstens: Brandenburg ist bei seinem Klimaschutzziel von 40 % für das Jahr 2020 auf einem guten Kurs. Zweitens: Ambitionierter Klimaschutz und gleichzeitige konjunkturelle Entwicklung passen sehr wohl gut zusammen. Das große Ziel für die Zukunft muss natürlich sein, dass es so schnell wie möglich auch mit technologischen Entwicklungen vorangeht, die dafür notwendig sind, Konjunkturentwicklung und CO₂-Ausstoß vollständig zu ent-